



# Unabhängige Bauernzeitung

„GZ02Z030371M“ P. b. b.  
Verlagspostamt: 4020 Linz

INFORMATIONEN des Österr. Unabhängigen Bauernverbandes

Nr. 115/08/16

„Jede Generation lächelt über die Väter, lacht über die Großväter  
und bewundert die Urgroßväter.“  
Somerset Maugham

## NUR ARBEITEN OHNE LEBENSQUALITÄT?

von Elfriede Hemetsberger

Die Produktion um 20 oder 30 Prozent steigern, andere Produktionszweige und Nischen finden, innovativ sein und das wenn möglich zusätzlich zur täglichen Arbeit. Ja geht denn das? Sicher, sagt man – aber wer leidet darunter? Mit Lebensqualität hat das alles wenig – oder nichts mehr zu tun.

Einmal frühstücken gehen mit Freundinnen, ein Auswärts-Essen mit dem Ehemann, in der Hängematte liegen, einfach nur so. Wieder Kraft schöpfen, sich regenerieren – die inneren Akkus aufladen. Auch ein Wochentag darf einmal ein Sonntag sein. Das ist Lebensqualität, die auch nötig ist, um die vielen, umfangreichen Aufgaben in der Landwirtschaft meistern zu können.

In Zeiten ausufernder Bürokratie und stetig wachsender Anforderungen brauchen wir den Mut, auch einmal gegen den Strom zu schwimmen – und NEIN zu sagen. Nicht nur immer wieder die zweiten, die dritten Standbeine auspacken, denn dann bleibt von Lebensqualität, aber auch von Gesundheit, nichts mehr übrig.

Arbeit, die man auch noch bewältigen kann und von der man als Bäuerin, als Bauer leben kann, ist das wirklich zu viel verlangt?

## PARTEIPOLITIK IN DER KAMMER UNZULÄSSIG!

von ÖR Johann Großpötl

Wenn das Jahr 2016 vorbei sein wird, dann werden Österreichs Bauern und Bäuerinnen 40 Prozent des Einkommens von 2011 verloren haben. In diesem Zeitraum reduzierte es sich nämlich von 25.000 Euro/Jahr auf voraussichtlich 15.000 Euro und davon müssen noch rund die Hälfte als SVB-Beiträge abgeführt werden.

In keinem anderen Land der EU gab es jemals fünf Jahre in Folge mit stetig sinkendem Einkommen, mit massiven Einkommensverlusten für die aktiven Bäuerinnen und Bauern.

Auch der Parteieinfluss auf die – und durch die – führenden Agrarfunktionäre ist nirgends so groß und erfolgreich wie bei uns. Abgeordnete zum Nationalrat, zum Bundesrat oder zum Landtag haben in der gesetzlichen Interessenvertretung, der Landwirtschaftskammer, deshalb keinen Platz, weil diese nicht nur die berufsständischen Interessen ihrer Pflichtmitglieder vertreten, sondern gerade in entscheidenden Situationen jene ihrer Partei, der es letztlich um Wählerstimmen geht.

Diese Doppelfunktion, einerseits berufsständischer Bauernvertreter und andererseits Parteimandatar dem Clubzwang unterliegend, birgt und bringt schwerwiegende, nicht lösbare Interessenkonflikte, die in der Regel jegliches aktive, konsequente Agieren der Landwirtschaftskammer als maßgebliche berufliche Interessenvertretung schon im Vorhinein verhindern.

Laut Politikwissenschaftlern und Verfassungsjuristen sind die Kammern der berufsständische Gegenpol zu Regierungen und Parteien und nicht deren Erfüllungsgehilfe. Nur so erfüllen die Kammern als Körperschaften öffentlichen Rechts ihre Aufgabe. Nur dann sind sie nachhaltig erfolgreich und können die Interessen ihrer Pflichtmitglieder wirkungsvoll vertreten!

## „STETER TROPFEN HÖHLT DEN STEIN“

Der UBV als Einziger wird es nicht müde auf die völlig undemokratische, auf die rechtlich und vereinsrechtlich überaus bedenkliche, derzeitige Konstruktion des „Vereins Präsidentenkonferenz“ der „Landwirtschaftskammer Österreich“ als Dachorganisation der neun gesetzlichen Landwirtschaftskammern auf Bundesebene, hinzuweisen. Ein VEREIN als Sprecher von neun – in der Verfassung verankerten – „Körperschaften öffentlichen Rechts“ – mit entsprechenden Rechten und Pflichten. Ein VEREIN mit höchst ominösen und dubiosen Statuten, in dem der Vorstand gleichsam auch die Generalversammlung abgibt. Ein VEREIN, der aber auch einer der vier Sozialpartner ist, ein Leichtgewicht allein von seiner Beschaffenheit her.

„Steter Tropfen höhlt den Stein“ und so hörte man jüngst, dass man über eine längst fällige „Bundeslandwirtschaftskammer“ nachdenkt. MAN, der Bauernbund, die ÖVP oder Juristen? Natürlich hinter geschlossenen Türen, wahrscheinlich im vertrauten kleinen Kreis.

Es ist schon eigenartig und stimmt nachdenklich, dass auch jetzt keinerlei Reaktionen seitens der Parlamentsparteien erfolgen. Nichts – auch nicht von den Oppositionsparteien, die sich ansonsten zu wesentlich weniger bedeutsamen Themen zu Wort melden. Die Wächter über Demokratie, Verfassung, Recht und Gesetz schweigen, obwohl sie direkt oder indirekt ständig mit diesem VEREIN zu tun haben. Obwohl es doch eigentlich ihre Pflicht wäre, hier nach dem Rechten zu sehen! Ist es da nicht unverständlich, ja eigentlich unverantwortlich, dieses Schweigen, dieses Wegschauen? Diese offensichtliche Uninteressiertheit in einem Staat, in dem doch Sozialpartner etwas gelten?

## BAUERNHILFE MIT BAUERNGELDERN?

All das ist nur eine Annahme, aber sie kommt nicht von ganz ungefähr. – Wenn sich die Bauernschaft eine begründbare und notwendige Hilfe aufgrund unverschuldeter katastrophaler Ereignisse selber bezahlen muss, dann ist dies doch keine Hilfe, oder? Dass sich in der SV-Bauern kein Widerstand regte, als man dabei auf ihre Reserven griff, ist nur verständlich wenn man weiß woher und von wem dieser „einmalige“ Vorschlag kam. Nämlich dem offensichtlich sehr mächtigen Bauernbund-Präsidenten NR ÖR Jakob AUER. Wenn der Herr Präsident dies so vorschlägt, dann hat er dies entweder mit der Obfrau der SVB, ÖKR Theresia MEIER, Vizepräsidentin der LK-NÖ und seine Stellvertreterin im BB-Präsidium, abgesprochen – oder sie hat ihm gehorcht.

Gelder, der ohnehin seit langem um's eigenständige Überleben kämpfenden SV-Bauern, aufgrund gewolltem Strukturwandels und Höfesterbens, sind Bauerngelder. Daran ändert auch nichts, wenn der Staat die SVB zu rund 70 Prozent bezuschusst. Weil ja die Regierungspolitik daran die Schuld trägt, dass hier die Aktiven, die Beitragszahler immer weniger, die Bauernpensionisten eher mehr werden. Jene tausende Bauersleut', die sich alljährlich eine Arbeit suchen müssen – und auch finden – machen das Budgetieren jenen Kassen leicht, in die sie dann einzahlen müssen.

Allein auf die Idee zu kommen eine öffentliche Hilfe aus Geldern einer Sozialversicherung zu bezahlen, spricht Bände. Ebenso, dass der Regierungspartner die Öffentlichkeit wissen ließ, dass ER im Vorhinein davon nicht informiert wurde. Stellvertretend für die SPÖ, so schaut dies für mich aus, opponiert eine Gewerkschaft gegen solche Hilfe und droht mit einer Klage beim Höchstgericht. Nachdem noch immer unklar ist, ob diese 167 Millionen an Hilfe den Bauern nur gestundet, oder nicht rückzahlbar sind, ist noch gar nichts ausgemacht. Nicht absehbar wie das Ergebnis der Gespräche dazu Ende September ausfällt. Auch hier gilt „Nix is fix“!

Andererseits, wie muss sich der Generaldirektor der SVB, Mag. Franz LEDERMÜLLER, vornehmen, der um einen finanziell gesicherten Fortbestand der SVB bemüht ist. Der notwendige „Rücklagen“ schafft – gerade 170 Mio. Euro, wie es heißt – und dann zur Kenntnis nehmen muss, **dass diese Rücklagen in großzügige Hilfgelder ummanipuliert werden.** Wodurch solch beträchtliche Überschüsse die SV-Bauern anhäufen konnte, wird auch noch zu hinterfragen sein. Aber wie geht das alles eigentlich? Da kann doch wohl nicht der Herr BB-Präsident AUER daherkommen und sagen: „Borgt's mir doch mal eure Rücklagen, ihr bekommt das Geld ja eh wieder!“ Da muss es doch in der SVB einen Vorstand geben der sich fragt: „Ja geht denn das überhaupt, ist das zulässig, gesetzlich möglich und wo sind denn die Sicherheiten, dass und wann wir unser Geld zurückbekommen?“ In den diversen „INFOS“ – der SV-Bauern habe ich darüber noch nicht eine Zeile gelesen.

# BURGENLAND:

## DER ERNTEMONAT EIN UNWETTERMONAT

Der Juli in einem Normaljahr – aber was ist noch normal – **der** Erntemonat wurde heuer zu einem Unwettermonat, auch für das Burgenland. Mehrfach schwer getroffen durch Stürme, Hagel und Hochwasser über alle Bezirke hinweg, entstanden Schäden in Millionenhöhe. Betroffen davon waren diesmal alle Ackerkulturen, die Obst- und Weingärten sowie die Folien- und Glashäuser. Die Erntearbeiten mussten witterungsbedingt mehrfach unterbrochen werden, was sehr negative Folgen hatte.

Mit jedem Regen verlor das Getreide mehr an Qualität, was bei den heuer schwachen Eiweißgehalten doppelt schmerzlich ist. Wenn man als Getreidebauer bei wiederum betriebswirtschaftlich indiskutabel niederen Erzeugerpreisen auch noch Mengeneinbußen UND Qualitäts-Preisabschläge hinnehmen muss, dann ist der Getreidebau ein ausgesprochenes Verlustgeschäft. Eigenartigerweise wird darüber in der Öffentlichkeit kaum etwas gesagt oder geschrieben. Ganz im Gegensatz zu den Problemen bei Milch und Fleisch und obwohl es hinsichtlich seiner Bedeutung jenen kaum nachsteht. Mehr als ärgerlich, ja geradezu unverantwortlich ist, wenn die AMA von einer großartigen Getreideernte und guter Qualität berichtet, obwohl letztere vielfach unter den Mindestanforderungen liegt und zwar österreichweit. Verwertungsbetriebe für solch minderwertiges Getreide, wie zum Beispiel „Pischelsdorf“ reagierten auf die großen Mengen bereits mit einem Zulieferstopp. – Die Ernterwartungen bei Getreide waren heuer berechtigterweise bis noch kurz vor Erntebeginn hoch. Das Wetter hat einen dicken Strich durch alle Rechnungen und Hoffnungen gemacht.

## WO IST PRÄSIDENT HAUTZINGER?

Bei den von der Landwirtschaftskammer organisierten „Ackerbautagen“ wird die mangelnde Präsenz von Präsident ÖR Franz HAUTZINGER, Vorsitzender des Pflanzenbau-Ausschusses der LK-Österreich und vor allem Aufsichtsratsvorsitzender in der AMA, heftig kritisiert. Die Bäuerinnen und Bauern fragen sich angesichts der aktuellen kritischen Lage der Bauernschaft, wem sich der Herr Ökonomierat denn eigentlich mehr verpflichtet und verbunden fühlt. Ist er dies nun in seiner Funktion als Kammerpräsident gegenüber seinen Pflichtmitgliedern, den Bäuerinnen und Bauern, oder aber der AMA, für deren „Wohlergehen“ als Vorsitzender des Aufsichtsrates er besondere Verantwortung trägt.

Auch diese Funktionskoppelung ist aus Sicht des Bauernstandes, für diesen nur von Nachteil und deshalb unvereinbar. Wie sollen Angestellte einer Landwirtschaftskammer deren Mitglieder gegenüber der AMA vertreten, wenn dort als Aufsichtsratsvorsitzender ein LK-Präsident sitzt? Nur aus Sicht des Bauernbundes ist dies verständlich, der alles und jedes im Agrarbereich – und nicht nur dort – dominieren, beherrschen will. Auch wenn dabei Recht und Gesetz „gebogen“ und demokratische Spielregeln missachtet werden.

## MILLIONEN STARE UND DIE WEINBAUERN

Stare, Feinde der Weinbauern, und das sind sie nachweislich. Umso größer ist der Schaden, wenn sie bis zu einer Million über heuer spärlich vorhandene Trauben herfallen. Seit Generationen wird versucht mit den gegebenen Möglichkeiten wie Knallschusspistolen, Knallschussautomaten, imitierten Tierlauten (Angstschreien), oder anderen lärmenden Geräten, die Stare zu verjagen und die immensen Schäden durch diese abzuwehren.

Aber all dies sieht der Tourismus gar nicht gerne. Kleinflugzeuge, die seit Jahren im Abwehrkampf gegen die Starschwärme eingesetzt waren, wurden letztlich auch wegen wiederholter tödlicher Abstürze eingestellt. Nun will man auf frühere Methoden, den Einsatz von Falken zurückgreifen. Machbar und erfolgversprechend bei so riesigen Schwärmen? Und so denkt man auch an Drohnen, die Falkenschreie ausstoßen (ob diese aber robuster als Kleinflugzeuge sind?) und wird dies testen. Eine sehr aufwendige und teure Methode ist dann noch, den Traubenstock durch engmaschige Netze zu schützen, die aber vor der Ernte wieder entfernt werden müssen. – Wie sich heuer die Traubenpreise entwickeln, ist derzeit noch nicht absehbar wegen einer schwächeren Ernte, bis hin zum Totalausfall.

# SALZBURG:

## LK-VOLLVERSAMMLUNG VOM 17. JUNI

Ruhig sind sie geworden unsere Kollegen von der BB-Fraktion wenn wir unsere Meinung darlegen, unsere Vorschläge und Anträge dazu einbringen. Es sieht so aus als ob zumindest einige von ihnen zur Erkenntnis kommen, dass man auf übersättigte Märkte nicht mit noch mehr Milch reagieren darf. So war völlig ungewöhnlich für uns, dass diesmal unsere Vorschläge – wie ein freiwilliger Lieferverzicht – nicht von vornherein abgelehnt, sondern diese diskutiert wurden. Offensichtlich muss so mancher Bauernvertreter entsprechende Einkommensverluste erst am eigenen Leib verspüren, um zu einem Umdenken motiviert werden zu können. Vielleicht besteht da doch noch eine gewisse Hoffnung, womit auch diese Krise etwas Gutes gebracht hätte.

### **Diese Kammergesetz-Novelle lehnen wir ab!**

Endlich ist es so weit, dachten wir uns als wir die Einladung bekamen. Nun können wir unsere langjährigen Forderungen zur dringend notwendigen Reform des Salzburger LK-Gesetzes einbringen. Aber wieder einmal wurden wir maßlos enttäuscht. Denn nicht einmal ansatzweise war der Bauernbund bereit, wenigstens einige unserer Forderungen in diese Novelle einfließen zu lassen. Die Abschaffung von Mehrheitsstimmen einer Person wurde abgelehnt, ebenso die Einbindung der bäuerlichen Jugend ins Wahlrecht. Unserer Meinung nach sollen nur „am Hof lebende“ Ehegatten oder Lebenspartner zukünftig wahlberechtigt sein auch dann, wenn sie nicht Mitbesitzer einer Landwirtschaft sind. Die Direktwahl der Ortsbauernobmänner ist für die BB-Mehrheitsfraktion undenkbar und wurde als „nicht machbar“ abgeschmettert. Auf die Frage warum denn aber die Ortsbäuerinnen direkt gewählt werden (dürfen), bekamen wir keine Antwort.

Unser Resümee dieser Gesetzesnovelle ist, dass viele zukünftige Hoferben, die einen außerlandwirtschaftlichen Beruf ausüben, wie etwa Metzger, Zimmerer, Landmaschinenmechaniker u.a., die aber für die Landwirtschaft in Hinkunft unverzichtbar sind, nach dem Willen der Bauernbündler auch weiterhin von Landwirtschaftskammer-Wahlen ausgeschlossen sind. Das sind im Land Salzburg in etwa 90 Prozent der bäuerlichen Jugend.

Dagegen sollen Bäuerinnen- und Bauern-Pensionisten, egal ob sie am Hof leben oder schon jahrelang in einem Altenheim sind – und gar nichts mehr mit den Abläufen am Hof zu tun haben – auch weiterhin wahlberechtigt sein. Da derzeit bereits auf einen Aktiven 1,12 Bauernpensionisten kommen, ist just diese Wählergruppe wahlentscheidend. Im Grunde genommen verheißt diese Novelle, dass alles beim Alten bleibt. Weiterhin sollen ca. 33.000 Wahlberechtigte, über die noch rund 8.500 Aktiven deren Vertretung bestimmen und die künftigen Hofnachfolger, die Jugend, bleibt vom Wahlrecht ausgeschlossen.

### **Funktionsgebühren beschließt die Kammer?**

Die einzig gravierende Änderung in dieser Novelle ist, dass in Zukunft nicht mehr die Landesregierung die Funktionsgebühren des Präsidiums festlegt, sondern die Kammer selbst. Es wäre dann nicht mehr ein Mehrheitsbeschluss im Landtag notwendig, sondern z.B. eine „Gehaltserhöhung“ könnte dann der BB-dominierte Kammervorstand beschließen. Aufgrund der letzten Kammerwahlen setzt sich dieser aus fünf stimmberechtigten Bauernbund-Kammerräten plus dem Präsidenten und einem UBVler zusammen. Wie solche „Selbstbestimmungsrechte“ bei BB-nahen Organisationen ausarten können, haben die Maschinenringmitglieder bei der Wahl des Bundesvorstandes demonstriert bekommen.

Der Geschäftsführer des „Verein Maschinenring Österreich“ und frühere BB-Direktor Matthias THALER erhielt pro Jahr 226.497 Euro, plus 48.000 Euro als Vereinsgeschäftsführer, plus Dienstauto. Der Bundesobmann erhielt jährlich 76.500 Euro und ein Taggeld von sage und schreibe 700 Euro, das er aber angeblich nur zweimal im Monat beanspruchte. Das in einer bäuerlichen Selbsthilfeorganisation, in der alle Leistungen ohne Gewinn – nur kostendeckend – erbracht werden! Mehrere haben davon gewusst und niemand hat sich daran gestoßen? So ein Bundesgeschäftsführer kann über ein Ministergehalt nur lächeln. Gezahlt haben diese Gehälter aber nicht nur Bauernbundmitglieder.

## FREIWILLIGER LIEFERVERZICHT = FALSCHER ALTERNATIVE?

Der Leserbrief von Sonja SPRANGL aus Stainz kann meines Erachtens nicht unwidersprochen bleiben. Sie schreibt unter „Milchwirtschaft“, dass es unfassbar wäre, **wenn durch FREIWILLIGEN Lieferverzicht jene bestraft würden, die ihre Milchproduktion ausweiten wollen um die Wirtschaft anzukurbeln.** Auch der Chefredakteur der „Tiroler Tageszeitung“ ist der Meinung, dass ein solcher Verzicht ein Schritt rückwärts wäre.

Für mich sind solche Gedankengänge einfach nicht nachvollziehbar, weil es ja um einen FREIWILLIGEN Lieferverzicht geht. Jeder vernünftige Unternehmer weiß, dass „Wirtschaft“ nur dann Sinn macht, wenn sie auch wirtschaftlich sinnvoll ist. Wenn eine Molkerei, wie in den letzten Monaten geschehen, zu viel Milch bei ihren Bauern abholen muss, diese nicht mehr verarbeitet weil sie nicht wirtschaftlich sinnvoll verkauft werden kann, dann sollte jeder die Sinnhaftigkeit dieser Überproduktion hinterfragen. Diese Milch, von den Bauern teurer eingekauft, wurde um 15 Cent nach Italien verschertelt – entsorgt – und unsere italienischen Berufskollegen damit unter Dumpingpreis gesetzt. Natürlich können dann italienische Molkereien mit dieser Billigstmilch wiederum auch unsere Molkereien mit deren Erzeugnissen unterbieten.

Ist diese Art von Mehrproduktion, von Überproduktion, denn sinnvoll? Mehrproduktion, die sehr oft nur durch den Zukauf von Fremdfuttermitteln möglich ist, aufgrund der sich dann unsere Molkereien gezwungen sehen den Milcherzeugerpreis generell – für ALLE Milchbauern – zu senken? Das Ende der Katastrophenpreis-Fahnenstange? In Norddeutschland ist man schon bei unter 20 Cent! Soll das die Alternative, wirtschaftlich sinnvoll für die Milchbauern sein? Wir können uns schon allein bedingt durch die geographischen Gegebenheiten, hinsichtlich Produktionskosten, nicht mit den irischen oder neuseeländischen Milchbauern messen.

Bei einem FREIWILLIGEN Lieferverzicht ist ja jedem Einzelnen freigestellt auch seine Produktion hochzufahren, doch soll er dafür jenen Preis erhalten, den die Molkerei auch erwirtschaften kann. Aber es kann doch nicht sein, dass die Mehrheit der angepasst liefernden Milchbauern preislich deshalb belastet werden, mitzahlen müssen. – Als vor einiger Zeit die Autoindustrie Absatzprobleme hatte, fuhr sie ihre Produktion zurück, ebenso die Stahlindustrie oder die Erdölraffinerien und andere. Kurzarbeit wurde eingeführt, alle zogen an einem Strang, um die Krise zu überstehen. Auch mit staatlicher finanzieller Hilfe wurde das geschafft und kein großes Aufheben um diese Hilfe aus Steuermitteln gemacht. Hier bei uns im Salzburgerischen hat zur Zeit die Firma „Posch“ die gleichen Absatzprobleme und reagiert darauf mit Produktionseinschränkung. Die Belegschaft muss Urlaube aufbrauchen, Minus-Stunden werden aufgebaut und etliche reduzieren freiwillig ihre Arbeitszeit damit die Krise gemeinsam überstanden wird. Bei so manchen Bauernvertretern und Betriebsführern ist diese Einsicht noch immer nicht angekommen. Sie glauben dass sie klüger, fortschrittlicher sind, wollen die Spielregeln eines freien – unregulierten – Marktes nicht zur Kenntnis nehmen. Es ist falsch auf „Zuviel“ mit „Nochmehr“ zu antworten. Ich meine wir sollten uns schnellstens vom ICH oder DU verabschieden und zum ICH und DU zurückkehren. Das schon jahrelange „Wachsen oder Weichen“ hat der Bauernschaft nichts an Positivem gebracht und dezimiert sie.

## RASCHE MILLIONENHILFE KAM SPÄT

Die 2015 in allen Medien groß angekündigte rasche Millionenhilfe für die Milchbauern kam erst spät. Aus den ursprünglichen 100 Millionen Euro wurden ganze sieben! Ich erhielt sie erst nach einem Jahr in der gigantischen Höhe von sage und schreibe 164 Euro. Das ist doch toll für einen Betrieb mit 28 Hektar Wiesen, 34 Milchkühen, mit monatlichen Stromkosten von 420 Euro und Sozialversicherungsbeiträgen von 1.100 Euro. Für 90% der Bevölkerung, die wenig oder keinen echten Bezug mehr zur Landwirtschaft haben, sind die Bäuerinnen und Bauern die ewigen Jammerer, obwohl sie doch unentwegt Millionen an Förderungsgeldern bekommen. Politisch gewollt? Es hat ganz den Anschein!

Hugh, Bauernbund-Präsident ÖR NR Jakob AUER hat gesprochen und über sämtliche Medien der schwer geprüften Bauernschaft und der gesamten Öffentlichkeit die freudige Mitteilung übermittelt, sie bekämen im heurigen Herbst 170 Mio. Euro Hilfe. – Oder auch nicht? Denn der Regierungspartner teilt mit, darüber habe man mit ihm noch gar nicht gesprochen. Der Eindruck in der Öffentlichkeit ist ziemlich verheerend: „Schon wieder so viele Millionen für die Bauern!“

Aber die Antwort vom Regierungspartner der SPÖ kam umgehend. Man werde auf keinen Fall diesem Erlassen von Versicherungsbeiträgen im letzten Quartal 2016, in Höhe von 167 Mio. Euro zustimmen und nötigenfalls dagegen Klage erheben. Wie erst viel später bekannt wurde soll dieses Geld (vorerst) aus „Rücklagen“ der SV-Bauern kommen. Sollte der BB-Chef den Mund zu voll genommen haben und sich die bäuerlichen Betriebsführer (Landwirte eingeschlossen) diese „Hilfe“ etwa gar aus „Bauerngeldern“ selber bezahlen? Bis heute (15.8.) ist überdies nicht klar, ob es sich bei diesen Geldern um eine „Stundung“ handelt, wie die SPÖ-Seite behauptet, oder um eine echte – nicht rückzahlbare Hilfe handelt, wie Präsident AUER und Konsorten betonen. Interessantes Detail am Rande, die Überschüsse der SV-Bauern belaufen sich derzeit auf 170 Millionen Euro.

## Zahlen wir zuviel Sozialversicherung?

Es ist zweifellos alles andere als einfach eine Versicherung wo der Anteil der Aktiven ständig schrumpft und jener der Pensionisten stabil bleibt, überhaupt noch zu erhalten. Der oft gehörte Vorwurf, „ihr werdet ja ohnehin nur durch die hohen Zuschüsse am Leben erhalten“ ist allein deshalb völlig unberechtigt, weil es die Regierungspolitik ist und war, die zu dieser steten Dezimierung der Aktiven in der Landwirtschaft führt. Dazu kommen noch einige kaum begreifbare Besonderheiten, wie zum Beispiel eine Form der Beitragsdeckelung, die sich durch die Überhandnahme von Verpachtungen negativ auf das Beitragsaufkommen auswirkt. Zum anderen, dass die SVB bei Doppelversicherungen (Neben-erwerb) immer zweitrangig ist. Das heißt, wenn gut Verdienende in der anderen Sozialversicherung mit ihrer Beitragsleistung schon nahe an dieser Höchstgrenze sind, oder diese erreichten, bekommt die SVB nur die Differenz, oder gar nichts.

Nun einmal ganz abgesehen davon ob es klug, sinnvoll und gesetzlich in Ordnung ist Überschüsse einer Sozialversicherungsanstalt als Hilfe des Staates an existenziell Gefährdete einzusetzen, ergeben sich schon etliche Fragen: „Ja wie kam es denn überhaupt zu diesem Überhang von 170 Mio. Euro bei der SV-Bauern? Wieso wurden denn unsere Sozialversicherungsbeiträge jährlich erhöht, mit Zustimmung der BB-Führung, wenn dies eigentlich gar nicht notwendig war? Warum wurden ärztliche Leistungen der SVB stetig eingeschränkt bzw. gekürzt? Warum hört man denn als Patient immer wieder in Spitälern oder bei Ärzten: ‚Ja die Bauernkrankenkassa zahlt das nicht!‘ Und ausgerechnet vom höchstrangigsten Bauernvertreter BB-Präsident ÖVP NR Jakob AUER kommt dieser Vorschlag – diese Hilfszusage, die aber alles andere als fix ist? Konnte einer der längst dienenden Nationalräte mit reichen politischen Erfahrungen und offensichtlich schier unbegrenzten Kompetenzen innerhalb der ÖVP, wirklich nichts Besseres vorschlagen und aushandeln?“ Nach fünf Jahren mit gewaltigen Einkommenseinbußen hintereinander ist doch staatliche Hilfe in entsprechendem Umfang nicht nur argumentierbar, sondern auch politisch verantwortbar! Wenn nicht hier, wo dann?

GEORG ESSL / GENO

## ERINNERT EUCH UND VERGESST NICHT!

Mit ein Auslöser für die bisher schlimmste Milchpreiskrise, die ja offensichtlich noch lange nicht überwunden scheint, waren Expertenaussagen im Vorfeld, ab 2012, nachdem das Auslaufen des Quotensystems sicher war. An das, was fachliche und politische Experten den Milchbauern sagten, sei im Nachfolgenden erinnert.

- **Leopold KIRNER** (Institut für Agrarwirtschaft des Landwirtschaftsministeriums): „Die heimische Milchwirtschaft steht vor einem markanten Expansionsschub. Die Milchbauern werden ihre Erzeugung in den kommenden acht Jahren deutlich erhöhen müssen, um wirtschaftlich bestehen zu können. Statt durch Quoten beschränkt zu sein, können die Bauern in Zukunft liefern, was sie für notwendig halten. Beschränkend ist allenfalls die zur Verfügung stehende Fläche. Das ist die neue Quote. KIRNER sieht das Ende der Quote als Befreiung und Chance, und nicht als Gefahr. Die Betriebe haben große Reserven. Ohne große Investitionen oder Aufstockung des Viehbestandes können die meisten Bauern praktisch von einem Tag auf den anderen die Produktion um rund 15–20 Prozent erhöhen, um die steigenden Kosten auszugleichen.“
- **Edith KLAUSNER** (Sektionschefin im Landwirtschaftsministerium): „Österreich hat eine gute Ausgangsposition für eine erfolgreiche Milchproduktion (Gentechnikfreiheit und BIO).“

- **Helmut PETSCHAR** (Sprecher der österr. Molkereien): „Wir rechnen mit 10–20 Prozent mehr Milch. Wir wollen die Absicherung des Marktes durch regionale Spezialitäten, Ausbau der Exporte und verstärkte Zusammenarbeit in der Branche und damit die Milchflut bewältigen.“ (Alles nachzulesen in den „Salzburger Nachrichten“ vom 30.8.2012)
- **Vollgas auf der Milchstraße** – die LK-Österreich lud ein zu einem „Klartext“-Symposium über die Zukunft der Milchwirtschaft nach Mondsee. „Die veränderte Wirtschaftslage und der Importstopp Russlands haben die Milchbranche ins Wanken gebracht. Aber auch die baldige Produktionsfreiheit nach Ende der Milchmarktordnung wirft die Frage auf: Wohin mit der Milch? ... Man sprach KLARTEXT und setzte den Dialog unter den Titel: ‚Unsere Milch 20 20 60‘, dass die Milchmenge mittelfristig um 20 % zunimmt, dass aufgrund international steigender Nachfrage Experten es für möglich halten, dass die Erzeugerpreise um 20 % steigen und die Exportquote der Molkereibranche soll in den kommenden Jahren von derzeit 48 auf 60 % erhöht werden.“ (Ganzseitig Seite 1 „Raiffeisenzeitung“ vom 23.10.2014)
- **„Der österreichische Selbstversorgungsgrad** in Sachen Trinkmilch liegt bei 167 %, bei Käse sind es 112 %. – Knapp 300.000 t Milch lieferten die Salzburger Bauern im abgelaufenen Jahr 2013 an die Molkereien und Käsereien. Mehr als die Hälfte davon kommt aus dem Flachgau. – Für ein Kilo Käse braucht man etwa 13 Kilo Milch, für ein Kilo Butter sind es 22 Kilo Milch. – **LK-Präsident NR Franz ESSL:** Märkte müssen ausgebaut und heimische Konsumenten noch stärker angesprochen werden, dann sehe ich dem Ende der Milchquote ohne große Sorge entgegen, obwohl es für die Bauern eine große Umstellung bedeutet.“ („Natürlich Salzburg“, das Konsumentenmagazin der LK-Salzburg im November 2014)
- **Milchpost der SalzburgMilch:** „Wir bitten alle Lieferanten, sämtliche Maßnahmen zu setzen, um die Milchanlieferung zu reduzieren, auf Milchaustauscher zu verzichten, die Kälber länger mit Milch zu füttern und die Kuhbestände zu optimieren.“ ...
- **Mitgliederinformation der Pinzgau Milch:** „Wenn man bedenkt, dass die Milchspitze noch nicht erreicht ist, dann kann man sich ausrechnen, was noch auf uns zukommt. ... Die Zusatzmengen sind im derzeitigen Marktumfeld nicht absetzbar. Wir appellieren an euch genau zu überlegen, ob es betriebswirtschaftlich wirklich Sinn macht, jeden Tropfen zu liefern. Bitte versucht nicht, die sinkenden Preise mit mehr Anlieferung aufzufangen, das führt geradewegs in die Sackgasse und erhöht zusätzlich den Druck auf ALLE.“
- **Milchgeldschreiben der Berchtesgadener Land:** „Die Milchanlieferung steigt wöchentlich. Für diese Milch gibt es keine Absatzmärkte! Wir stehen mit dem Rücken an der Wand! Geht diese Entwicklung so weiter, sind wir gezwungen, die Milchpreise in Kürze sehr deutlich abzusenken.“ (Alle drei Molkerei-Infos im Salzburger Bauer vom 10. März 2016)

## STEIERMARK:

### JEDE VOLLVERSAMMLUNG EIN UBV-AKTIONSTAG

In der jüngsten Vollversammlung brachte der UBV folgende fünf Anträge ein:

1. **Existenzgefährdende Dauertiefpreise bei Milch und Fleisch:** Die derzeitigen Marktpreise für Milch und Fleisch sind längst keine Kampfpreise mehr, denn mit diesen können nicht einmal mehr kurzfristig zu bezahlende Ausgaben (Produktionskosten) bezahlt werden.  
Der UBV fordert, dass Bundesregierung und Nationalrat umgehend und ohne Verzug die Mutterkuh- sowie die Tierprämien einführen, um damit die Förderungen für die in größte Not geratenen Betriebe im Milch- und Fleischbereich zu erhöhen.
2. **TTIP und CETA ohne Transparenz bzw. Volksbefragung:** Mittels TTIP wollen US-Konzerne durch die Hintertür die EU-Landwirtschaft mit ihren Produkten unterlaufen und diese einem unfairen Wettbewerb aussetzen. Ohne Gespür wird versucht über die Bedenken und Anliegen der EU-Bürger einfach drüber zu fahren.  
Der UBV fordert den STOPP dieser, ohne Transparenz stattfindenden Verhandlungen. Weiters, dass als Ratifizierungserfordernis für den Abschluss der TTIP-Verhandlungen der Vertrag einer

verbindlichen Volksabstimmung zuzuführen ist. Es darf nicht ausreichen diesen Vertrag durch die Parlamente in Brüssel und Wien zu beschließen.

3. **Russland-Sanktionen stoppen:** Die erneute Verlängerung der EU-Wirtschaftssanktionen gegen Russland, beschlossen am 21.6.2016, sind für uns völlig unverständlich und unangebracht. Man trifft damit Entscheidungen insbesondere gegen die Interessen der heimischen Landwirtschaft, gefährdet die Existenz tausender bäuerlicher Betriebe.

Der UBV fordert deshalb den sofortigen Stopp bzw. deren Aufhebung. Des Weiteren den Geschädigten den dadurch entstandenen Schaden in vollem Umfang zu ersetzen.

4. **Entschädigungszahlungen aufgrund der Frost- und Schneekatastrophe 2016:** Die heurige Frost- und Schneekatastrophe treibt viele Betriebe ohne angemessene Hilfe von außen, in bzw. an den Rand des Ruins. Dramatisch betroffen sind der Obst- und der Weinbau.

Der UBV fordert im Rahmen der Schadensfeststellung den bisherigen Aufwand je Hektar mit einzuberechnen. Die Formel dafür muss heißen: **Durchschnittsertrag × Durchschnittspreis + Aufwand**. Jede andere Berechnungsmethode wäre fachlich unrichtig! Weiters verlangt der UBV, dass es keine finanzielle Deckelung geben dürfe, weil jeder Betrieb mit seinem Ernteverlust an jedem Hektar durch diese Katastrophe schwer belastet ist.

5. **Regionalprogramm Graz-Radkersburg** stellt Bauern vor ungelöste Probleme. Die seit 1.1.2016 geltende Verordnung für ein Regionalprogramm Graz-Radkersburg zum Zwecke des Grundwasserschutzes, bedeutet einen enormen Einschnitt in die Bewirtschaftung dortiger Agrarflächen. Auf den massiven Druck davon betroffener Bauern sowie der „Bürgerinitiative Zukunft Landwirtschaft“ wurde erreicht, dass die Technische Universität in Graz eine Überarbeitung des bestehenden Gutachtens vornehmen wird. Die Bauern sind jedoch bis zu einer allfälligen Änderung im Sinne einer praxistauglichen Lösung komplett im Ungewissen, wie sie mit den dadurch entstandenen Fragen im ÖPUL- und Regionalprogramm umgehen und zurecht kommen sollen.

Der UBV fordert die steiermärkische Landesregierung – Ressort Umwelt – auf, notwendige Abänderungen dieser Verordnung zum Regionalprogramm umgehend umzusetzen, damit die Bauern/Bäuerinnen wieder die Möglichkeit haben am „ÖPUL-Programm für Gewässerschutz“ teilnehmen zu können. Darüber hinaus wiederholt der UBV seine Forderung, dass ein gesamtsteirischer Wasserversorgungsplan erstellt wird, in dem die Notwendigkeiten der Landwirtschaft sachgerecht und angepasst berücksichtigt werden.

## OBERÖSTERREICH:

### ----- DIE UBV-KAMMERRÄTE IN DER VOLLVERSAMMLUNG -----

## DEMOKRATIE AUF BAUERNBUNDART – KR KARL KEPLINGER



KR Karl Keplinger

Laut letztem Kammerwahlergebnis steht dem UBV ein Sitz im Leistungsausschuss der SVB in OÖ zu. Dieser Ausschuss, in dem über Leistungen für Versicherte entschieden wird, wäre im Verhältnis 4 BB, 1 UBV zu besetzen. Obwohl die Gesetzeslage in ganz Österreich gleich ist, wird zum Beispiel in Kärnten und im Burgenland nach dem Wählerwillen entschieden. Warum also verwehrt LK-Präsident REISECKER dem UBV, dem ihm zustehenden Sitz in OÖ und damit die Einsicht im Leistungsausschuss? Gibt es dort etwas zu verbergen? Warum schickt andererseits der Bauernbund Vertreter in die SVB-Gremien, die gar keine SVB-Beiträge zahlen? Zählt wieder nur die Partei? – Trotzdem, wir geben nicht auf!

Die 10 Millionen Euro Entlastung bei den SVB-Beiträgen für Oberösterreichs Bauern bleiben ein UBV-Erfolg und haben Vorbildwirkung.

Vieles gibt es noch zu tun. Eines unserer nächsten Ziele ist die Harmonisierung der Leistungen aller Kassen, denn alle Versicherten brauchen auch gleiche Leistungen.

## Zur Kammerreform

In den letzten Jahren wurde ich ja heftig für meine Aussage kritisiert: „Wenn die Bauern/Bäuerinnen weniger werden, dann müsse auch die Verwaltung kleiner werden.“ Man hat mir vorgeworfen ich wolle die Leute auf die Straße stellen. Es wundert mich deshalb, dass man jetzt doch solch eine Kammerreform zustande gebracht hat.

Wir sind für diese Reform, wir sind aber auch dafür, dass die Qualität verbessert wird. Wir wollen, dass in den Außenstellen – in den Bezirksbauernkammern – Juristen eingesetzt werden, weil Rechtsfragen am meisten nachgefragt sind. Ich wollte zum Beispiel schon vor einigen Wochen eine Auskunft, die ich aber erst heute (16. Juni) erhalten habe. Unsere Juristen in der LK sind offenbar sehr überlastet. Im Bezirk Urfahr haben wir mit so einem BBK-Sekretär eine beispielhafte Besetzung, die gut funktioniert und das sollten wir so fortsetzen.

Bei den BBK-Obmännern sind wir nach wie vor dafür, diese Funktion in der bisherigen Form abzuschaffen. Ein FB-Kammerrat meinte dazu, dass diese Funktion ganz wichtig sei, weil BBK-Obleute mit dem Bezirkshauptmann auf ein Bier gehen müssten. Das widerspricht allerdings dem Wahlversprechen vor der LK-Wahl, wonach auch für die Freiheitliche Bauernschaft eine Kammerreform unbestritten notwendig ist. Ich hoffe, dass die FB-Bauern zu ihrem Wahlversprechen zurückkehren und dazu stehen. Es kann ja nicht so sein, dass wir letztlich je einen Berater oder Kontrolleur für einen Bauern haben. Grundsätzlich brauchen wir im gesamten Agrarbereich keinen aufgeblähten Verwaltungs- und Kontrollapparat. Wäre es nämlich heuer zu keiner Kammerreform gekommen, dann hätte die Kammerumlage, die ja wir Bauern und Bäuerinnen bezahlen müssen, um insgesamt zwei Millionen Euro, das sind über 20 %, erhöht werden müssen.

## Zu GAP, Russland-Embargo und Milchdialog

Unserer Überzeugung nach ist auch bei der GAP neu eine falsche Entscheidung gefallen, die schließlich zur heutigen katastrophalen Preis- und Einkommenssituation im Agrarbereich geführt hat. Ohne jede Regeln hat man einfach alles liberalisiert, ohne faire Wettbewerbsregeln, ohne jegliche Harmonisierung von Steuern, Abgaben, Umweltvorschriften etc. innerhalb der EU. GRILLITSCH hätte solche „Reformen“ den Bauern und Bäuerinnen nicht zugemutet, was Jakob AUER – ohne mit der Wimper zu zucken – dies ihnen allen aufhalst.

Zum Russland-Embargo: 1955 hat man im Staatsvertrag Russland die „immerwährende Neutralität“ versprochen und jetzt wird diese von Österreich nicht eingehalten. Das ist auch mein Vorwurf an die Regierung, denn man muss sich an das halten was man versprochen hat, sonst wird man ungläubwürdig.

Zum „Milchdialog“ zu dem der UBV NICHT eingeladen wurde: „Es freut mich, dass unser Vorschlag die SVB-Beiträge angesichts der katastrophalen Einkommenslage der Bauern auszusetzen (auch als Antrag in der LK-OÖ eingebracht), übernommen wurde. Entscheidend für uns ist jedoch, dass sich diese Entlastung – diese Hilfe – die Bäuerinnen und Bauern durch Inanspruchnahme von Bauerngeldern, nicht selbst finanzieren.“

## KR HANNES WINKLEHNER

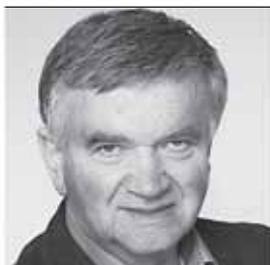
**Zur Kammerreform:** Liebe Kammerrätin BURGSTALLER, wenn du dich für die Bauern auch so einsetzt würdest wie für den Erhalt von Bürokratie, dann hätten wir das Dilemma von BBK-Schließungen nicht. Jahrelang haben Spitzenfunktionäre des Bauernbundes das Höfesterben als „gesunde Strukturreform“ verkauft. Das kann auf Dauer nicht gut gehen, wenn man selbst an dem Ast sägt, auf dem man sitzt.

**Zur Steuerreform:** Für mich ist schockierend, wenn ein BBK-Sekretär die Verschlechterung beim „UST-Optieren“ als Erfolg verkaufen will, mit dem Argument, dann hätten sich die Bauern ohnedies noch vor dem Ausstieg ihre Dieseltanks aufgefüllt sowie Saatgut und Mineraldünger für Jahre voreingelagert. Höchste Zeit, dass mit Derartigem ehestens Schluss gemacht wird, mit Aussagen von einem Angestellten der von uns Bauern auch noch bezahlt wird.



*KR Hannes Winklehner*

**Zu den Märkten:** Es wäre mir natürlich wesentlich lieber wenn ich heute (16. Juni) dazu etwas Positives beichten könnte. Aber diese Zeiten sind alles andere als rosig. Die Entscheidungsträger hier in der Kammer, treffen schon seit Jahrzehnten aus Parteigehorsam Entscheidungen, die vor allem ihrer Wirtschafts-Partei nützlich sind – ihr dienen. Das ist das größte Problem in diesem Haus, unserer beruflichen Interessenvertretung, dass hier nicht vorrangig Entscheidungen im Interesse der Bäuerinnen und Bauern getroffen werden, sondern dass jene der Partei viel mehr zählen und Vorrang haben.



KR ÖR Johann Großpötzl

## KR ÖR JOHANN GROSSPÖTZL

**Zum Milchmarkt:** Für Österreich ist der deutsche Markt hinsichtlich Agrarexporten wichtiger als für die Deutschen der österreichische Markt. Die Exporte der Milchwirtschaft dorthin sind doppelt so hoch, wie jene von Deutschland nach Österreich. Man sollte auch keinen Kleinkrieg gegen die „Hochwald Molkerei“ im Bayerischen Wald führen, denn das ist nur „billiger“ Populismus und kann uns auf Dauer nur schaden.

Mich haben besorgte Biobauern angerufen, die sich Sorgen über den gegenwärtigen „Ökopopulismus“ machen, der in allen Parteien zu bemerken ist. Sie haben die Sorge, dass aufgrund dieses, in eineinhalb bis zwei Jahren, der Milchpreis auch für die Biobauern zusammenbricht. Derzeit bekommen sie noch einen halbwegs guten Preis im Vergleich zu jenem für konventionelle Milch. Wenn aber auch die großen Milchviehbetriebe auf BIO umsteigen, dann wird das sehr rasch Auswirkungen auf den Erzeugerpreis haben. Wir sehen ja derzeit schon in ganz Europa, dass – wie in Ostdeutschland – 1000-Kuhbetriebe auf BIO umstellen. Dann sind nämlich die Vorteile einer Nischenproduktion weg.

**Zum Tierschutz:** Man kann die Dinge auch gewaltig übertreiben. Ich habe in der gestrigen Arbeitstagung der Vollversammlung (15. Juni) in der Diskussion darauf hingewiesen, dass auf dieser Welt so manches verkehrt läuft. Gerade auch bei uns in Österreich. WIR dürfen die Ferkel nicht mehr kastrieren, was seit undenklichen Zeiten nie ein Thema war, aber Katzen auf den Höfen müssen kastriert werden. Wir dürfen auch nicht mehr die Kälber enthornen, obwohl dies eine Schutzmaßnahme für Menschen ist.

Die Kollegin Frau KR BURGSTALLER hat angesprochen Insekten als künftige Eiweißquelle. Ja hätten wir nicht damit prompt Tierschützer zu Gegnern, die jetzt schon – nicht nur den Verkehrsplanern – große Probleme bereiten? Wie sollen, wie dürften denn diese Tiere getötet werden? Oder werden sie etwa lebend verfüttert?



KR Klaus Wimmesberger

## KR KLAUS WIMMESBERGER

**Thema SV-Bauern:** Obfrau-Stellvertreter der SV-Bauern – BBK-Obmann Ludwig SCHURM (BB) schrieb in der SVB-Fachzeitung, dass er froh ist, dass sich die Einheitswerte erhöhen, weil dadurch würden sich auch die Bauernpensionen erhöhen. Er macht uns auch ein schlechtes Gewissen wenn er darauf hinweist, dass der Staat den Großteil zum SVB-Budget dazuzahlt. Für mich sind diese Aussagen – eines nicht unbedeutenden Bauernvertreters – eine Frechheit. Denn auch unsere Beiträge sollen sich – wie überall – nach unserem Einkommen richten, das in den letzten fünf Jahren um über

30 Prozent gefallen ist – und nicht nach den Wünschen der Versicherung, von Parteien oder sonstigen. Auch dem Berufskollegen SCHURM müsste bewusst sein, dass der Bauernstand in den letzten Jahrzehnten halbiert wurde und dass deshalb derzeit auf einen Aktiven bereits 1,2 Pensionisten entfallen. Frühere Bäuerinnen, Bauern, Hofnachfolger wurden größtenteils unselbstständige ASVG-Versicherte. Der SV-Bauern bleiben die Pensionisten.

Die neue Einheitswert-Feststellung hat uns unsere eigene, vom Bauernbund beherrschte Landesvertretung eingebrockt. Nun sehen diese Spitzenfunktionäre was sie angerichtet haben und wollen nun vom Brandstifter zum Feuerwehrmann werden. Die Glaubwürdigkeit haben sie total verloren!

## KR ELFRIEDE HEMETSBERGER



KR Elfriede Hemetsberger

Wir haben in der Arbeitstagung (15. Juni) – einen Tag vor der Vollversammlung – ja einiges über die Marktsituation bei Milch und Milchprodukten gehört. Überaus interessant in diesem Zusammenhang ist die sprunghafte Aufwärtsentwicklung bei Palmöl, das in tausenden Produkten zu finden ist. Billiger Preis, gute Eigenschaften und Großplantagen ohne Rücksicht auf die Umwelt, haben die Märkte erobert. Allein der Nestle-Konzern verarbeitet momentan jährlich 445.000 t Palmöl **und führt das alles zollfrei ein.**

Wir wollen mit unserem Antrag, dass auf diese Situation entsprechend reagiert wird. Zum Beispiel müsste man sich gerade jetzt, beim saisonbedingt aktuellen Speiseeis, die Situation genau anschauen. Auch hier wird neuerdings fast ausschließlich Palmöl eingesetzt, wo früher Milchfett die Basis war. Das sollte man sich ehestens durchrechnen, nämlich wieviel Milch bzw. Milchprodukte dadurch ersetzt werden. Allein wenn es hier gelingt wieder zu Milchprodukten zurückzukehren, wäre schon die Absatzsituation für unsere milcherzeugenden Betriebe eine ganz andere. Aber ist denn auch beim derzeitigen Milchpreis das Palmöl noch immer billiger?

### Die vier angenommenen UBV-Anträge

In der vorangegangenen Juni-UBZ wurde darauf hingewiesen, dass der UBV insgesamt sieben Anträge in die Vollversammlung einbrachte und erwähnt, dass vier davon angenommen wurden. Sie hatten jeweils Nachfolgendes zum Inhalt:

1. „**Einführung einer Steuer auf Palmöl**“ sowohl im Interesse und zum Schutz unseres Klimas, das durch die enormen Rodungen von Regenwald zugunsten riesiger Palmölplantagen stetig verschlechtert wird. Als auch zum Schutz der existenzgefährdeten Milchwirtschaft, weil Milch und Milchfett rasant durch den Import immer größerer Mengen von Palmöl, aus dem Markt gedrängt werden.
2. „**Abschaffung der Kastrationspflicht von Katzen auf Bauernhöfen.**“
3. „**Entschädigungen für Einkommenseinbußen durch das Russlandembargo.**“
4. „**Änderung des AMA-Gütesiegelgesetzes**“, um eine lückenlose Qualitätssicherung vom Produzenten bis zum Konsumenten gewährleisten zu können. Denn zum Beispiel in Wurst und Leberkäse kommt auch Fleisch von Tieren, die nicht das AMA-Gütesiegel haben, was das Vertrauen unserer wichtigsten Partner – der Konsumenten – in dieses Gütezeichen gefährdet. KR MITTERBUCHER erläutert, dass es sowohl ein AMA-Gütesiegel auf Frischfleisch, als auch ein solches auf Verarbeitung gibt, was sicher dem Konsumenten schwer erklärbar und verständlich ist. Die Vollversammlung war sich einig, dass es einer Änderung bedarf.

### Damit wurden drei UBV-Anträge abgelehnt

5. „**Abschaffung des Pflegeregresses**“: Das Thema sei heikel und kompliziert, weshalb man sich gut überlegen sollte es mit so einem Antrag anzupacken, so KR ECKER. Vizepräsident GRABMAYR äußert auch Bedenken, schlägt aber vor, dieses Thema in einer Sitzung des Ausschusses für Rechts- und Wirtschaftspolitik zu diskutieren und aufzubereiten. Präsident REISECKER verwirft diesen vernünftigen Vorschlag seines Stellvertreters und lässt abstimmen. Abgelehnt von allen Parteibauern-Fraktionen.
6. „**Dienststellenleiter nur mehr mit juristischer Ausbildung bestellen.**“ Es ist sehr interessant, dass der Dringlichkeitsantrag von SPÖ + Grünen, inhaltlich zum gleichen Thema, nämlich ein verbindliches Anforderungsprofil an das Personal neu zu besetzender Spitzen- und Schlüsselstellen festzulegen, **nur von der BB-Mehrheit abgelehnt wurde.** Es hieß, darüber entscheidet nur der Hauptausschuss! – **Den UBV-Antrag lehnten aber ALLE Parteibauern-Fraktionen ab.** – Den BB-Mitgliedern des Hauptausschusses scheint entfallen zu sein, dass das oberste beschließende Organ der Landwirtschaftskammer die VOLLVERSAMMLUNG ist. Denn das riecht ja Kilometer gegen den Wind nach BB-Diktat.
7. „**Forderung an die oö Landesregierung, den Zinsendienst** für rein betriebliche Zwecke land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, aufgrund der (existenzbedrohenden) Agrarkrise zu übernehmen.“ – Mit dem Hinweis es gäbe ohnehin schon eine ganze Reihe von Sonderunterstützungen, empfiehlt KR HUEMER seiner Mehrheitsfraktion diesen Antrag abzulehnen. Dies tut sie dann auch in der Abstimmung, unterstützt von den SPÖ-Bauern.

## Hoch aktuell aber nicht diskussionswürdig!

Zum Schluss – gleichsam zum Drüberstreuen – noch der Umgang der BB-Fraktion mit einem FB-Antrag, der es auch sehr wohl verdient hätte, zumindest im milchwirtschaftlichen Ausschuss sachlich und ohne Zeitdruck beraten zu werden. Aber im Gegensatz zu den meisten anderen Landwirtschaftskammern wird dies in OÖ vom BB kaum praktiziert.

Konkret ging es in diesem Antrag um „Sofortmaßnahmen gegen die Milchkrise“ und zwar um staatliche Ausgleichszahlungen bis 33 Cent/kg Milch – nicht übertragbar – bis der Milchmarkt wieder einigermaßen im Lot ist. – KR HOSNER sprach in diesem Zusammenhang von Planwirtschaft, obwohl die EU einen praxisfremden INTERVENTIONSPREIS von 20 Cent festgelegt hat, was ja auch etwas in diese Richtung ist. Aber HOSNER spricht auch davon, dass **„die Molkereien mehr Erlösen müssen und, dass gentechfreie österreichische Bergbauernmilch in Italien um 81 Cent je Liter verkauft wird, neben Parmalat-Milch um 1,40 Euro je Liter“**.

Wer schleudert da und ruiniert dem Nachbarn den Markt, ohne dass er etwas davon hat? Wer wirft da hochqualitative Lebensmittel auf den Markt, nur um sie los zu werden? Und dieses ganze Problem ist nicht einmal wert im Fachausschuss der Interessenvertretung beraten, das Für und Wider überlegt, darüber nachgedacht zu werden? Um als sach- und fachkundige gesetzliche Berufsvertretung der Politik Vorschläge zu unterbreiten?

## NIEDERÖSTERREICH:

### Vielleicht mit einem blauen Aug' davongekommen

Seit den schweren Spätfrösten, die nicht wenige Weinbauern verzweifeln ließen – und wo von Totalausfällen der Ernte die Rede war – haben doch die meisten Rebstöcke mit den Nebenaugen Holz gebildet und Trauben angesetzt. Aber für jene Berufskollegen, die nach diesen Frösten auch noch Sturm und Hagel erleben mussten, ist dies die totale Katastrophe, nicht nur für heuer. Sortenbedingt sieht man schon Ertragsunterschiede, die nicht so schnell ausgeglichen werden können, weil ja mit fehlender Ernte das Einkommen fehlt. Schön, dass bundesländerübergreifend zusammengearbeitet wird um jenen zu helfen die Totalausfälle beklagen müssen.

### Daran müsste man teilhaben

Wenn nicht so teure Vorschriften, Auflagen, penibelste, oft unverständliche Kontrollen und immer neue Abgaben wären, ja dann könnte man als landwirtschaftlicher Betrieb auch teilhaben an jener Wertschöpfungskette von der ich unlängst gelesen habe. Da wird aus 20 Liter Milch für die der Milchbauer etwa ganze sechs Euro erhält – oder viel weniger – folgendes an Produkten erzeugt: Topfen, Frischkäse, Streichkäse, Joghurt, Butter, Buttermilch und Molke mit einem Marktwert von ca. 266 Euro. Hier sieht man wo etwas zu verdienen ist und wofür der Produzent des Urproduktes nicht mehr als den sogenannten Pappenstiel bekommt.

Noch besser sehe es – so diese Expertenmeinung – beim Schwein aus. Der Schweinebauer bekommt für ein geschlachtetes Schwein mit 100 kg etwa 140–150 Euro. Nach entsprechender Aufarbeitung werden daraus Marktprodukte, die 900 Euro kosten.

Was empört, verbittert und die Freude am Beruf verdirbt, bis hin zur Berufsaufgabe, ist die schon Jahre anhaltende Tatsache, dass die überwiegende Mehrheit der Bäuerinnen und Bauern von einer Teilhabe an dieser Wertschöpfung ausgeschlossen ist – und bleibt. SIE haben zwar immer bessere Qualität zu erzeugen, nachhaltig, umweltfreundlich, in ausreichender Menge und penibelst dokumentiert. Ein ganzes Register an Strafen gibt es auch für unbeabsichtigte, auch kleine Fehler. Der Konsument wird erzogen auf Sonderangebote und „Aktionen“ zu warten, die letztendlich ja immer wieder auf den Bauernpreis drücken. Eine Spirale ohne Ende?

JOSEF SCHMID